



SPD • Pulverwiesen 11 • 73726 Esslingen a. N.

HAUSHALT 2024

**Verabschiedung des Haushalts
Donnerstag, 14. Dezember 2023**

Haushaltsrede

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Landrat,
Liebe Kolleg*innen,
verehrte Zuhörer:innen,

Hinter uns liegt ein anstrengendes Jahr. Vielerorts werden die Sorgenfalten tiefer. Wir sind überzeugt: Gegen die spürbare Ratlosigkeit und Überforderung in unserer komplexen globalen Welt helfen keine scheinbar einfachen Lösungen, kein Schein-Masterplan, kein Lamentieren, sondern nur ein aktives Gestalten der Transformationen. Gerade in der Politik tun wir gut daran, nicht ins selbe Horn allgegenwärtiger Lethargie und Verunsicherung zu stoßen - sondern Ideen und Lösungsansätze zu verfolgen, die eine Zukunftsperspektive bieten.

Aus dieser Haltung heraus legen wir als SPD-Kreistagsfraktion unseren Fokus auf den sozialen Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt, auf den Klimaschutz und den ÖPNV und auf Chancengleichheit durch Bildung. Wir freuen uns, dass wir hierzu in den Haushaltsberatungen positive Akzente setzen konnten, die eine mehrheitliche Unterstützung fanden.

[Soziales] Erstens: Zum sozialen Frieden.

In raueren Zeiten müssen wir diejenigen unterstützen, die dies nicht allein zu leisten vermögen. Oder anders gesagt: „Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den Schwächsten ihrer Glieder verfährt“, wie es einmal unser ehemaliger Bundespräsident Gustav Heinemann, *übrigens auch Mitbegründer der CDU* beschrieb. Bundespolitisch halten wir daher wenig vom CDU-Vorschlag der Haushaltskonsolidierung, die bei den ärmsten ansetzt, indem ein Verzicht der notwendigen Inflationsanpassung für das Bürgergeld gefordert wird.

Wesentlich für unseren Zusammenhalt ist auch der Erhalt unserer Demokratie. Einen positiven Beitrag hierzu leistet unser Aktionsbündnisses für Demokratie und Toleranz, dessen Fortsetzung derzeit infrage steht. Für uns hat das Aktionsprogramm Priorität und muss notfalls unabhängig von einer Förderung durch den Bund eine Fortsetzung erfahren. Daher kündige ich für den Nachgang zu den Beratungen für 2024 bereits jetzt einen Antrag zur Fortführung an.

[Klimaschutz und ÖPNV]

Der Schutz unserer Umwelt und der Einsatz gegen den Klimawandel ist für uns eine zentrale Zukunftsaufgabe unseres Landkreises. Während die COP28, die Weltklimakonferenz, leider nur wenig Hoffnung auf raschere weltweite Lösungen mit sich brachte, freuen wir uns über weitere kleine Schritte in die richtige Richtung:

Allen voran über unsere Photovoltaik-Offensive, die nun mit rund 17,6 Mio. Euro in den Haushalten der nächsten Jahre Einzug erhält.

Wir freuen uns aber auch über die Zustimmung zur Zertifizierung als Fair Trade Landkreis. Ein sozial-gerechter Klimaschutz meint eben auch nicht nur ein vorbildliches lokales, sondern auch ein globales Denken und Handeln.

Ganz in diesem Sinne halten wir seit Jahren ein strategisches Vorgehen in dieser globalen Perspektive für geboten und freuen uns, dass unser Antrag auf eine Nachhaltigkeitsberichterstattung im Landkreis nun 2024 *endlich* bearbeitet werden wird.

Über all dies hinaus sehen wir in der Stärkung des ÖPNV den größten Einflussfaktor des Landkreises auf die notwendige sozial-ökologische Transformation.

Über eine notwendige Zuverlässigkeit und den Ausbau des Angebots hinaus, beschleunigt aber gerade ein attraktiver Preis die Mobilitätswende. In diesem Sinne freuen wir uns, dass die Abgabe des Führerscheins für Senior:innen auf unseren Antrag hin künftig nicht nur mit

einem VVS-Jahresticket, sondern einem "upgegradeten" bundesweiten Deutschlandticket belohnt werden wird.

Der Preis ist aber nicht nur Attraktivitätsmerkmal, sondern eine notwendige Maßnahme der Teilhabe. Zur bezahlbaren Verkehrsalternative für alle, wird der ÖPNV nur dann, wenn wir über die Tarifrevolution des 49€ Tickets hinaus auch finanziell schwächer gestellte mit einschließen. Daher werden wir an einem Solidarticket - sei es als tarifliche oder als subventionierte Lösung - im VVS weiter dranbleiben.

Die redundante Forderung, eine Resolution nach mehr Geld für den ÖPNV, wie sie die CDU nun fordert, halten wir für unnötige Scheinpolitik. Ein solches Vorgehen lehnen wir ab.

[Chancengleichheit durch Bildung]

Ein wichtiges Zukunftsfeld unseres Landkreises steckt in der Chancengleichheit durch Bildung.

Wir können es uns als Gesellschaft schlicht nicht leisten, auch nur einen jungen Menschen auf diesem Weg zu verlieren. Die jüngsten Ergebnisse der PISA-Studie zeigen allerdings in die falsche Richtung.

Damit laufen wir nicht nur Gefahr, das gesellschaftliche Potenzial einer neuen Generation zu verschenken, sondern treffen gerade auch diejenigen Familien, die selbst nicht stark genug aufgestellt sind. (Kinder-)Armut setzt sich damit biografisch fort. Wir halten es daher für erforderlich, auf bessere Übergänge für Abgänger:innen ohne Abschluss hinzuarbeiten und junge Menschen noch besser zu begleiten - schulisch wie außerschulisch.

[Kreisfinanzen]

Kommen wir zu den Finanzen:

Vorneweg: Wir schließen uns dem Antrag der Freien Wähler auf eine Kreisumlage von 31,5 Hebesatzpunkten, der beinahe unserem Antrag entspricht, an.

Mit einer von uns anvisierten deutlichen Erhöhung der Kreisumlage auf 31,5 Hebesatzpunkte immerhin um 3,7 Hebesatzpunkte und damit 52 Mio. Euro, tragen wir zu einer wesentlichen Haushaltsverbesserung des Kreises bei.

Auf die Kritik, insbesondere an den dem zugrunde liegenden Finanzierungsleitlinien, möchte ich nachfolgend eingehen:

Nach einem Überschuss von insgesamt 129 Mio. € zwischen 2019 bis 2022 wollen wir einen Teil des Defizits im Haushalt 2024 über die hohen Gewinne der Vorjahre decken. Das halten wir für legitim, da Überschüsse nach dem Haushaltsrecht gerade für diesen Zweck auch eingesetzt werden sollen.

Anmerken möchte ich aber auch: Ohne regelmäßige Einbuchung in das Basiskapital in der Vergangenheit hätten wir diese anstehenden Defizite vollkommen unproblematisch aus der gefüllten Ergebnisrücklage tragen können. Hier lag ein entscheidender Fehler in der Vergangenheit vor.

Zentrales Anliegen als SPD-Kreistagsfraktion ist eine faire Finanzpartnerschaft zwischen dem Landkreis und seinen Kommunen. Was als fair zu bewerten ist, war und ist auch dieses Jahr streitig.

Für uns sieht eine faire Partnerschaft trotz aller Unterschiedlichkeit eine vergleichende Betrachtung der Finanzsituation zwischen Landkreis und seinen Kommunen vor. Natürlich sind die jeweiligen Aufgaben naturgemäß unterschiedlich, das gilt aber sowohl zwischen Landkreis und seinen kreisangehörigen Gemeinden, als auch zwischen den Gemeinden untereinander - sowie ebenso auch zwischen unterschiedlichen Landkreisen, die oft über

unterschiedliche lokale Begebenheiten und Tätigkeitsspektren, verfügen, das Stichwort kommunale Kliniken genüge.

Trotz dieses heterogenen Rahmens halten wir es im Sinne der Fairness für geboten, eine Annäherung dessen, was jede Ebene für die eigene Aufgabenerfüllung benötigt, in Relation zu bringen. Dies gilt grundsätzlich, also für unsere Leitlinien, wie nun auch konkret für den aktuellen Haushalt.

Die Leitlinien sollen die Planaufstellung erleichtern, uns als Kreistag in die Lage versetzen, bereits im Vorfeld der Haushaltsberatungen Vorgaben zu dessen Aufstellung zu setzen. Sie erweitern damit unser Haushalts- und Königsrecht im Sinne eines Eckwertebeschlusses. Sie binden uns aber niemals starr in unserer souveränen Entscheidung über den konkreten Hebesatz im Rahmen der Beratungen.

Betonen möchte ich erneut, dass wir in unserem eingebrachten Vorschlag der Leitlinien im Sommer einen zweiteiligen Vorschlag unterbreiteten. Ohne diesen zweiten Teil der Verschuldungs- und damit auch der Liquiditätsfrage sind die Regelungen unvollständig. Einigermäßen bizarr finden wir den Vorwurf der Kolleg:innen der CDU, dass wir den Landkreis mit dem vorliegenden Kreisumlage in die Verschuldung treiben. Genau diese Verschuldung sollte eine zweite Zielsetzung in den Leitlinien begrenzen. Wir waren aber gerade Ihnen im Rahmen der Beratungen entgegengekommen und haben die Fragestellung zur Verschuldung vertagt. Vielleicht war dies ein Fehler.

Grundsätzlich halten wir aber eine Liquiditätspolitik die sich nicht am Vorbild der schwäbischen Hausfrau, sondern am sinnvollen Umgang mit der Finanzierungsabwägung von Eigen- und Drittmitteln umgeht für angebracht, lieber Kollege Friz.

Lieber Kollege Moritz, wir haben uns für einen gerechten Ausgleich der Finanzsituation entschieden, eben nicht für ein einseitige Behandlung. Wir haben beides im Blick. Eine solche soziale Kürzungsdrohkulisse halten wir hier für wenig angebracht - nicht nur der Kreis, sondern auch seine kreisangehörigen Gemeinden sind zentral mitverantwortlich für unseres soziale Daseinsvorsorge. Wir halten es daher für unsere Aufgabe, hier auf einen Ausgleich zu achten.

Wir begrüßen nun das Einlenken der Verwaltung, tatsächlich unverzüglich zu Beratungen über diesen Aspekt zu kommen. Gerne sind wir auch im Rahmen einer Vervollständigung bereit die Ergebnissteuerung zu modifizieren.

Klarstellen möchte ich aber auch: Nicht die Finanzierungsleitlinien führen den tatsächlichen gesteigerten Finanzierungsbedarf herbei, sondern steigende Aufwendungen im Kreishaushalt. Daher müssen wir in 2024 hier ansetzen: Viele Kommunen in unserem Kreis machen sich bereits seit Jahren auf den Weg ihren jeweiligen Haushalt gezielt strukturell zu konsolidieren. Ich möchte hier noch einmal betonen, dass wir dies in 2024 für geboten halten und Sie, Herrn Landrat, um einen ersten Aufschlag hierzu bitten.

[Dank] Ich komme zum Schluss.

Zum heutigen Haushalts- wie Jahresabschluss möchten wir uns bei allen Fraktionen für die konstruktiven Beratungen, aber allen voran bei der Landkreisverwaltung, Ihnen Herr Eininger und Ihrem gesamten Team für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr bedanken.

Hier wie an anderer Stelle vor Ort in den Städten und Gemeinden wird enormes geleistet. Für diesen Einsatz möchten wir heute danken.

Schöne Weihnachten.